

Das nukleare Erbe



»Unser Land, unser Meer, unsere Gemeinschaften und unsere Körper tragen dieses Erbe mit sich. Niemand kann sagen für wie viele Generationen.« So heißt es in einem Statement indigener Völker bei den Vereinten Nationen. Sie leiden unter Krebs, chronischen Krankheiten und genetischen Anomalien. Und das aus einem unfassbaren Grund: Ihre Heimat wurde – ohne sie auch nur zu fragen – zum nuklearen Testgelände erklärt.

Bei Atomwaffen denkt man zunächst an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki. Doch seit 1945 haben die Atommächte weltweit auch mehr als 2.000 Atomtests durchgeführt. An rund 60 Orten in 15 Ländern wurden systematisch Atombomben zur Explosion gebracht. Dort lebende Menschen wurden vertrieben

und ganze Kulturen zerstört – nur um Massenvernichtungswaffen zu testen! Radioaktive Partikel verbreiteten sich unkontrolliert und vergiften bis heute Boden, Luft, Wasser und Menschen. Von Australien bis Kasachstan und von Französisch-Polynesien bis nach China bleiben ausgedehnte Gebiete auf unabsehbare Zeit unbewohnbar.

Als »Versuchsobjekte« missbraucht

Es sind Orte wie Moruroa, Semipalatinsk und Bikini, die für das Grauen der Atomtests stehen. Betroffen sind zum großen Teil indigene Völker, deren Heimat und Leben von Kolonial- oder Großmächten als entbehrlich angesehen wurden. Gegen ihren Willen

US-Atomwaffentest »Baker« am 25. Juli 1946 auf dem Bikini-Atoll, Marshallinseln
Foto: US Department of Defense



wurden sie als »Versuchsobjekte« missbraucht. Etwa die Menschen der Marshallinseln, wo es nach den US-Atomtests hoch radioaktive Asche schneite. Auf Frauen und Mädchen wirken sich die Folgen der ionisierenden Strahlung besonders stark aus: Rund um die Testgebiete sind erschreckend hohe Raten von Reproduktionsproblemen, Fehlgeburten und Geburtsfehlern zu beobachten.

Doch der jahrzehntelange Widerstand der Betroffenen zeigt Wirkung: 1996 verabschiedete die internationale Gemeinschaft endlich einen Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen. Und obwohl dieser noch immer nicht in Kraft getreten ist, hat er de facto einen Stopp aller Atomtests bewirkt. Der Letzte wurde 2017 von Nordkorea durchgeführt.

Opferhilfen und Sanierung verdienen Engagement

Die Folgen der Atomtests jedoch bleiben: Nur wenige Betroffene wurden für ihr unfassbares Leid entschädigt. Bisherige Anstrengungen zur Sanierung ehemaliger Testgelände waren völlig unzureichend. Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) erkennt als erster völkerrechtlicher Vertrag diesen Missstand an. In Artikel 6 und 7 sieht er eine internationale Zusammenarbeit vor, um die Opfer von Atomtests humanitär zu unterstützen und kontaminierte Gebiete zu sanieren.

Obwohl Deutschland als nuklearer Teilhabestaat dem AVV bislang nicht beitreten will, kündigte der deutsche Botschafter auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz in Wien eine Zusammenarbeit zu den Artikeln 6 und 7 an: »Tatsächlich glauben wir, dass die Bereitstellung von Opferhilfen und die Sanierung der Umweltschäden durch Atomtests breitere Aufmerksamkeit und Engagement verdienen«. Ohne Rüstung Leben erwartet von der Bundesregierung, dass sie bis zur nächsten

Betroffene von Atomtests in Französisch-Polynesien demonstrieren bei einem Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron im Juli 2021
Foto: dpa

AVV-Konferenz im November 2023 in New York einen konkreten und finanzierten Plan vorlegt, wie sie den Betroffenen helfen und so zumindest diesen Teil des Atomwaffenverbotsvertrages unterstützen will.

Druck auf die Bundesregierung

Die Opfer und Überlebenden von Atomwaffen stehen im Jahr 2023 im Mittelpunkt der Kampagnenarbeit von Ohne Rüstung Leben. So erhöhen wir den Druck auf die Bundesregierung, auch an der nächsten AVV-Konferenz als Beobachterin teilzunehmen und sich stärker für eine Welt ohne Atomwaffen einzusetzen. Machen Sie mit!

- Umfangreiche Informationen über die Folgen der weltweiten Atomtests, die Lage der Testgebiete und die Berichte betroffener Menschen finden Sie unter www.atomwaffena-z.info und auf der Themenseite von ICAN unter www.nuclearstestimpacts.org.
- Vor dem G7-Gipfel vom 19. bis 21. Mai 2023 in Hiroshima haben wir einen offenen Brief an den Bundeskanzler auf den Weg gebracht. Wir fordern die G7 darin unter anderem zu Abrüstungsverhandlungen auf. Mehr unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.
- Bestellen und verteilen Sie unsere Aktionspostkarten »Raus aus dem nuklearen Wahnsinn!« und unser *kompakt* »Was Sie über Atomwaffen wissen sollten«. Nutzen Sie dazu die beiliegende Bestellliste oder www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Simon Bödecker



»Italien, überdenke deine Entscheidung«

Interview mit Daniele Santi vom italienischen ICAN-Partner »Senzatomica«

Die humanitären Folgen von Atomwaffen machen nicht vor Grenzen halt – die Arbeit für eine atomwaffenfreie Welt jedoch auch nicht! In einer losen Reihe stellen wir Ihnen Menschen aus anderen europäischen Ländern vor, die sich mit uns für atomare Abrüstung einsetzen. Wir beginnen mit Daniele Santi, Präsident der italienischen Initiative »Senzatomica«.

Daniele, wie viele Atomwaffen gibt es in Italien und wo sind sie stationiert?

In Italien befinden sich seit den späten 1950er-Jahren US-Atomwaffen – genau wie in den vier anderen NATO-Mitgliedsstaaten Belgien, Deutschland, Niederlande und Türkei. Seit etwa zwei Jahrzehnten ist ein Großteil der B61-Atombomben in Europa hier stationiert. Italien ist der einzige Staat, der zwei NATO-Atomwaffenstützpunkte auf seinem Hoheitsgebiet hat: Die Sprengköpfe sind auf dem USAF-Stützpunkt in Aviano und auf dem italienischen Luftwaffenstützpunkt Ghedi stationiert. Es sind etwa 40 Stück; die offizielle Zahl ist nicht bekannt, da es sich um geheime Informationen handelt.

Du bist Präsident von »Senzatomica«. Bitte erzähle uns mehr über eure Organisation.

»Senzatomica« ist eine vom buddhistischen Istituto Buddista Italiano Soka Gakkai geförderte und von jungen Menschen geführte Kampagne, die sich in der italienischen Gesellschaft für nukleare Abrüstung, Frieden und Wissensvermittlung einsetzt. Als ICAN-Partner nahm »Senzatomica« 2017 an der ersten und der zweiten Verhandlungssitzung der Vereinten Nationen in New York teil und war aktiv an der Ausarbeitung des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) beteiligt. Unsere Kampagne hat das Ziel, das öffentliche Bewusstsein für die nukleare Bedrohung zu schärfen. Wir lehnen das Konzept einer Sicherheit durch Atomwaffen ab und fordern das Recht auf eine Welt ohne diese unmenschlichen Massenvernichtungswaffen ein. Wir wollen eine globale Solidaritäts-

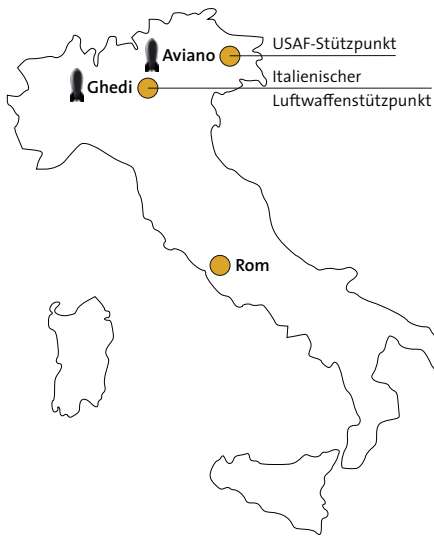


Daniele Santi am 7. Juli 2017 nach dem erfolgreichen Abschluss der AVV-Verhandlungen in New York
Foto: Ralf Schlesener

bewegung schaffen, die sich darauf konzentriert, die einzelnen Menschen zu stärken und zu ermächtigen – als ersten Schritt zur vollständigen und endgültigen Abschaffung von Atomwaffen. Das Projekt wird durch den 8x1000-Fonds des Istituto Soka Gakkai unterstützt.

Zusammen mit dem »Rete Italiana Pace e Disarmo« habt ihr die Kampagne »Italia, ripensaci« ins Leben gerufen. Was sind die Ziele dieser Kampagne?

Die Kampagne wurde im Oktober 2016 ins Leben gerufen, als Italien im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung gegen die Konferenz stimmte, die 2017 ein verbindliches Rechtsinstrument zum Verbot von Atomwaffen schaffen sollte. »Italia, ripensaci« bedeutet wörtlich »Italien, überdenke deine Entscheidung«. Es ist eine Redewendung, mit der wir die Regierung auffordern, ihre Meinung zu ändern und sich dem Prozess anzuschließen, der zum AVV führt. Wir wollen Städte und Gemeinden davon überzeugen, die Ratifizierung des Vertrages zu unterstützen, indem sie den ICAN-Städteappell



unterschreiben. Und wir haben alle italienischen Abgeordneten angeschrieben und aufgefordert, die ICAN-Abgeordnetenerklärung zu unterzeichnen. Italien hat jetzt eine neue Regierung und wir arbeiten gemeinsam daran, sie über die existenzielle Bedrohung durch Atomwaffen zu informieren. Wir wollen das Bewusstsein dafür schärfen, wie wichtig es ist, die Bemühungen für eine endgültige Abschaffung aller Atomwaffen fortzusetzen. Das wurde auch als ein Eckpfeiler der italienischen Außenpolitik definiert.

Wie stehen denn die italienische Bevölkerung und die Regierung zu Atomwaffen?

Laut Umfragen von 2020 befürwortet in vielen NATO-Ländern eine Mehrheit der Bevölkerung die Unterzeichnung des AVV – in Italien sind es 87 Prozent! Die italienische Regierung hat aber seit 2018 konsequent gegen eine jährliche Resolution der UN-Generalversammlung gestimmt, die die Verabschiedung des AVV begrüßt und alle Staaten auffordert, ihm »möglichst bald« beizutreten. Italien hat sich auch im Gegensatz zu Belgien, Deutschland, den Niederlanden und Norwegen entschieden, nicht an der ersten Konferenz der AVV-Vertragsstaaten teilzunehmen.

Eine Schülerin zeigt bei einem Flashmob auf der Spanischen Treppe in Rom das ICAN-Logo
Foto: dpa

Kannst du uns schon über eure nächsten Pläne berichten?

Mit dem Ziel, die Menschen zu informieren und zu befähigen, hat »Senzatomica« in den letzten zehn Jahren neben vielen Lobbyaktivitäten auch die Ausstellung »Senzatomica. Trasformare lo spirito umano per un mondo libero da armi nucleari« (»Den menschlichen Geist wandeln – für eine Welt ohne Atomwaffen«) organisiert. Sie hat 80 italienische Städte und über 365.000 Menschen erreicht; darunter 40 Prozent Schülerinnen, Schüler und Studierende. Der Rundgang durch die Ausstellung ist ein pädagogisches Angebot für alle Altersgruppen, mit besonderem Augenmerk auf Grundschule, Mittel- und Oberstufe. In den letzten zwei Jahren haben wir nun die Daten und Inhalte überprüft und eine neue Ausstellung entwickelt. Dabei haben wir uns auf den AVV, seine Geschichte und die führende Rolle der Zivilgesellschaft konzentriert. Wir freuen uns sehr, ankündigen zu können, dass die neue Ausstellung noch in diesem Jahr eröffnet und dann in ganz Italien zu sehen sein wird!

Grazie mille für dieses Interview und weiterhin viel Erfolg für eure wichtige Arbeit!

Fragen und Übersetzung: **Simon Bödecker**

www.senzatomica.it





Die Doppelmoral schlägt zurück

Völkerrechtsverbrechen konsequent aufarbeiten und bestrafen

Die Organe der Vereinten Nationen und der Internationale Strafgerichtshof wurden auch mit dem Ziel geschaffen, eskalierende Kriege zu verhindern und Völkerrechtsverbrechen zu ahnden. Damit das gelingt, darf nicht länger mit zweierlei Maß gemessen werden.

Im März 2023 hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin verhängt. Eigentlich eine gute Nachricht; doch der Strafgerichtshof wird von Staaten wie den USA, Russland, China und der Ukraine nicht anerkannt. Und auch dem UN-Sicherheitsrat sind – wie so oft – die Hände gebunden: Mit ihrem Veto blockieren die ständigen Mitglieder alle unliebsamen Entscheidungen. Im Ukraine-Krieg zeigt sich die Ohnmacht bei der Durchsetzung des Völkerrechtes wie in einem Brennglas. Vielleicht trägt das dazu bei, dass die schon lange geforderten Reformen des UN-Sicherheitsrates angegangen werden und die internationale Strafjustiz mehr Anerkennung erfährt. »Sie kann aber auch nachhaltig geschwächt werden, wenn

die Anwendungspraxis hinsichtlich der Ukraine und darüber hinaus einseitig bleibt und Doppelstandards von mächtigen Staaten mehr denn je verfestigt«, warnt Andreas Schüller vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR).

Doppelstandards an vielen Stellen
Was er damit meint, zeigt sich bei einem Blick zurück. Vor zwanzig Jahren begannen die USA und ihre Verbündeten den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak. Der UN-Sicherheitsrat wurde durch ein Veto blockiert; spätere Untersuchungen wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen eingestellt. Doch die Folterbilder aus Abu Ghraib blieben im Gedächtnis. »Der damals fehlende Protest westlicher Regierungen ist ein Argument des Globalen Südens, den russischen Angriff auf die Ukraine ebenfalls nicht eindeutig zu verurteilen. Die Doppelmoral von 2003 schlägt 2023 wie ein Boomerang zurück«, sagt der Politikwissenschaftler Carlo Masala. Und solche Doppelstandards zeigen sich an vielen Stellen: Die geplante Stationierung russischer

Atomwaffen in Belarus etwa wird von der NATO scharf verurteilt; Vergleiche mit der eigenen nuklearen Teilhabe verbittet sie sich jedoch.

Webinar zu Handlungsoptionen der Bundesregierung

Wer das Völkerrecht stärken und den Betroffenen gerecht werden will, muss sich für die universelle Anerkennung des internationalen Rechtes und seiner Organe einsetzen. Dazu gehört, Völkerrechtsverbrechen konsequent vor Gericht zu bringen – egal wo und von wem sie begangen wurden. Hier sehen wir auch die deutsche Politik in der Pflicht. In welchen anderen Bereichen die Bundesregierung aktiv werden sollte und wie sie zu Verhandlungen im Ukraine-Krieg beitragen kann, haben wir am 29. März 2023 in unserem Webinar »Stoppt das Töten in der Ukraine – Handlungsoptionen der deutschen Politik« diskutiert. Den Link zur Aufzeichnung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Simon Bödecker

Mahnwache unseres Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine!« am 23. Februar 2023 in Berlin
Foto: dpa

Ohne Rüstung Leben sucht Verstärkung

Stellenausschreibung

Zum 1. Juli 2023 (oder später) sucht Ohne Rüstung Leben eine neue Mitarbeitende (w./m./d.) im Bereich »Verwaltung, Prozess- und Projektmanagement« mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 16 Stunden. Die Stelle ist unbefristet; Arbeitsort ist unsere Geschäftsstelle in Stuttgart.

Wir freuen uns auf ein neues Mitglied in unserem wertschätzenden, kooperativen und gleichberechtigten Team!

Zu den Aufgaben gehört unter anderem die Mitarbeit in der Finanzverwaltung, die Pflege unserer Adressdatenbank, Versandarbeit und die Betreuung unserer ehrenamtlich Mitarbeitenden. Darüber hinaus ist je nach Interesse und Erfahrung die Übernahme einzelner Projekte in anderen Bereichen möglich.

Wir bieten Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, eine attraktive Vergütung und eine Tätigkeit

mit Sinn im gut erreichbaren Stuttgarter Westen.

- Die vollständige Stellenausschreibung ist erhältlich in unserer Geschäftsstelle und zu finden unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.
- Bewerbungen bitte bis zum 15. Mai 2023 per E-Mail an orl-info@gaia.de oder per Post an Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart.

Debatten zur christlichen Friedensethik

Evangelischer Kirchentag in Nürnberg

Vom 7. bis 11. Juni 2023 findet der 38. Evangelische Kirchentag in Nürnberg statt. Unter der Losung »Jetzt ist die Zeit« (Mk 1,15) sind mehr als 2.000 Gottesdienste, Podien, Bibelarbeiten und andere Veranstaltungen geplant. Die Theologin Margot Käßmann erwartet intensive Diskussionen über den Ukraine-Krieg und die

christliche Friedensethik. »Es wird hoch hergehen«, prognostizierte sie im Magazin *Zeitzeichen*.

Auf den folgenden Seiten haben wir die Positionen der weltweiten Ökumene zu Frieden und Abrüstung zusammengefasst. Helfen Sie uns, die Botschaften der 11. Vollversammlung des Ökumenischen

Rates der Kirchen nach Nürnberg zu tragen. Bestellen Sie kostenlose Exemplare unseres *kompakt* – als Argumentationshilfe, zum Verteilen oder Auslegen an Infoständen und um Kirchenvertreterinnen und -vertreter damit zu konfrontieren.

Simon Bödecker

Menschenkette für den Frieden beim Evangelischen Kirchentag 2015 in Stuttgart
Foto: Simon Bödecker

Eine Übersicht der friedenspolitischen Veranstaltungen im Kirchentags-Programm und mehr Informationen zur geplanten Friedensdemonstration in Nürnberg finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.



Lernen, was dem Frieden dient!

Zum ersten Mal fand eine Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Deutschland statt. Die weltweite Ökumene brachte im September 2022 ihre Perspektiven nach Karlsruhe, suchte Dialog, Versöhnung und Wege zu einer gemeinsamen Welt. Die Beschlüsse des ÖRK zu Frieden und Abrüstung sind als Auftrag an die Kirchen zu verstehen. Wir stellen zentrale Punkte vor.

Erklärung: Was zum Frieden dient

»Wir treffen uns in einer Zeit ... von Spaltung, Konfrontation und Militarisierung«, betont der ÖRK in seiner Erklärung zum Frieden. Die Mitgliedskirchen seien verpflichtet zur Friedensstiftung auf allen Ebenen, um Polarisierung entgegenzuwirken. Von der Politik fordert die Vollversammlung unter anderem:

- Einen Waffenstillstand in allen bewaffneten Konflikten weltweit und das Beharren auf Dialog und Verhandlungen, bis ein gerechter und nachhaltiger Friede erreicht ist.
- Die vollständige Umsetzung der Verpflichtungen aus Abrüstungsverträgen und Waffenverbotsverträgen sowie ein globales Verbot autonomer Waffensysteme.
- Ein Moratorium sowie letztendlich ein Ende des Exports von Waffen und Rüstungsgütern, die auf der ganzen Welt Konflikte schüren.
- Den Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.
- Eine Stärkung der Vereinten Nationen und anderer zwischenstaatlicher Instrumente zur Förderung von Frieden und Sicherheit für die Menschen.
- Deutlich mehr Investitionen in tatsächliche menschliche Sicherheit und die Bekämpfung von Konfliktursachen.

Abstimmung beim Abschlussplenum der 11. ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe
Foto: dpa





Workshop von Ohne Rüstung Leben im Begegnungsprogramm der Vollversammlung
Foto: privat

Erklärung: Krieg in der Ukraine

Der ÖRK sieht sich als Raum der Begegnung und will Kritik und Kontroversen nicht aus dem Weg gehen. In Karlsruhe waren daher sowohl Kirchenvertretende aus der Ukraine als auch eine Delegation der Russisch-Orthodoxen Kirche zu Gast. Dennoch fand die Vollversammlung klare Worte: Sie verurteilt den nicht zu rechtfertigenden Krieg Russlands und fordert einen sofortigen Waffenstillstand, Dialog und Verhandlungen. Im Krieg gebe es keine »Gewinner«, so die Delegierten weiter, er verstoße »gegen unsere grundlegenden christlichen und ökumenischen Prinzipien«. Der ÖRK ruft zur Unterstützung aller Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten auf und betont ihre gottgegebene Würde. Von Europa und der gesamten internationalen Gemeinschaft fordert er deutlich größere Investitionen in Friedensförderung, friedliche Konfliktbewältigung und Versöhnungsprozesse.

Erklärung: Streben nach Gerechtigkeit und Frieden für alle im Nahen Osten

Ausführlich debattierte die ÖRK-Vollversammlung über die Situation im Nahen Osten – hierzu hatte es zuvor einige Kontroversen gegeben. Das Ziel müsse »Gerechtigkeit und Würde für alle« sein, »ohne Diskriminierung aufgrund von Religion oder der ethnischen Zugehörigkeit«, stellte sie schließlich fest. Dazu gehöre sowohl die Anerkennung der legitimen Sicherheitsbedürfnisse Israels als auch das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Selbstbestimmung.

Erklärung: Der lebendige Planet

»Uns rennt die Zeit davon. Diese Vollversammlung ist unsere letzte Chance, gemeinsam aktiv zu werden, um zu verhindern, dass unser Heimatplanet unbewohnbar wird.« Es sind aufrüttelnde Worte, mit denen der ÖRK Maßnahmen für Klima- und Umweltgerechtigkeit einfordert. Dabei betont er den Zusammenhang zwischen Kriegen, Militarisierung und Klimakrise. Er fordert ein Ende von Militärübungen und den Abzug von Investitionen »aus allen Bereichen im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen, Waffen und anderen lebensfeindlichen Sektoren«. Diese Mittel sollten umgelenkt werden in das Gemeinwesen und eine Erneuerung des Ökosystems.

Botschaft: Ein Aufruf zum gemeinsamen Handeln

In ihrer Botschaft ruft die 11. Vollversammlung des ÖRK alle Mitgliedskirchen, Christinnen und Christen auf, gemeinsam zu handeln. Sie erinnert an die Erklärung der ersten ÖRK-Vollversammlung 1948 in Amsterdam »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein« und beklagt, diese wiederholen zu müssen. Und sie startet einen erweiterten Pilgerweg der Gerechtigkeit, Versöhnung und Einheit: »Wir werden die Kraft finden, aus einer Einheit heraus zu handeln, die in der Liebe Christi verankert ist, denn sie rüstet uns zu, zu lernen, was zum Frieden dient, Spaltung in Versöhnung zu verwandeln und uns für die Heilung des gesamten lebendigen Planeten einzusetzen«. Die Ökumene hat sich mit diesen weitreichenden Erklärungen und Aufrufen in Karlsruhe klar und eindringlich für Frieden und Abrüstung positioniert. Das sollte unseren Kirchen Auftrag und Inspiration zugleich sein.

Redaktion: Simon Bödecker, März 2023

Alle Dokumente finden Sie unter: www.oikoumene.org/de/resources/documents mit dem Suchbegriff »assembly«.

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Vom unermüdlichen Kampf der Betroffenen für Gerechtigkeit

Delegationsreise nach Mexiko

Vom 19. bis 25. Februar 2023 reiste eine internationale Delegation nach Mexiko – mit dabei war Charlotte Kehne von Ohne Rüstung Leben. Das Ziel: Den Handel mit Schusswaffen und seine Folgen zu untersuchen. Dabei wurde eines erneut deutlich: Es sind die Betroffenen, die im Zentrum von Rüstungsexportkontrolle stehen müssen.

Elf Aktivistinnen und Aktivisten, Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie Medienschaffende aus den USA, Israel und verschiedenen europäischen Ländern kamen nach Mexiko. Empfangen wurden sie dort von mexikanischen Menschenrechtsorganisationen, die die Reise gemeinsam mit dem Projekt »Stop US Arms to Mexico« organisierten.

Auf dem Programm standen Gespräche mit Überlebenden und Familienangehörigen der Opfer von Waffengewalt in Guerrero und anderen Teilen des Landes. Zudem traf sich die Delegation mit Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, hochrangigen Beamtinnen und Beamten der Exekutive, mexikanischen Senatorinnen und Senatoren, der Generalstaatsanwaltschaft sowie Botschaften der Exportländer. Im Zentrum stand dabei die eine Frage: Wie gelangen Schusswaffen nach Mexiko?

»Zonen des Schweigens« und gewaltsames Verschwindenlassen

Die eindrucklichsten Momente der Reise waren die Begegnungen mit Betroffenen von Waffengewalt. Sie bezeugten nachdrücklich die schwere Menschenrechtskrise in Mexiko: Mehr als 110.000 Menschen gelten als gewaltsam verschwunden. Die Sicherheitslage ist in vielen Regionen verheerend. Als eine der gewalttätigsten Regionen des Landes gilt dabei der Bundesstaat Guerrero. Im vergangenen Jahr wurden hier pro Tag durchschnittlich fast vier Menschen getötet. In Chilpan-

cingo, der Hauptstadt des Bundesstaates, traf sich die Delegation mit lokalen Menschenrechtsorganisationen, Journalisten und Betroffenen. Diese zeichneten ein komplexes Bild von Straflosigkeit, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, in die sowohl die Organisierte Kriminalität als auch staatliche Akteure involviert sind.

»Zonen des Schweigens« nennen die lokalen Journalisten jene Regionen, aus denen es aufgrund der Gewaltsituation unmöglich ist, zu berichten. Doch auch außerhalb dieser Regionen setzen

Mitglieder der Delegation in Mexiko-Stadt
Foto: dasfilm-buero.com



sie sich einer enormen Gefahr aus. Beispielsweise drohen sie durch ihre Arbeit zwischen die Fronten rivalisierender bewaffneter Gruppen zu geraten. Sie berichteten, dass sich in Guerrero aufgrund der Bedrohungslage mehr Journalisten gezwungen sähen aus dem Bundesstaat zu fliehen, als aus jedem anderen Bundesstaat Mexikos.

Eng verbunden durch das Leid der Familien

Das Leid der Familienangehörigen hat alle Mitglieder der Delegation sehr bewegt. Gleichzeitig jedoch waren sie zutiefst beeindruckt vom unermüdlichen Kampf der Betroffenen für Gerechtigkeit! Mit ihnen solidarisiert sich auch Ohne Rüstung

John Lindsay Poland von »Stop US Arms to Mexico«. »Aber sie sind auch eng verbunden durch das Leid der Familien in beiden Ländern.« Besonders deutlich zeigt sich dieser Zusammenhang am Schicksal von Manuel Oliver. Sein Sohn Joaquin wurde 2018 beim Schulmassaker in Parkland, Florida erschossen. Seitdem setzt sich Manuel gemeinsam mit seiner Frau gegen die Schusswaffengewalt in den USA ein und stoppt mit seinem Engagement auch nicht an der Grenze. Während der Delegationsreise betonte er: Die US-Waffenindustrie, die in Mexiko Leben ruiniert, verherrlichte auch das AR-15, den Waffentyp, mit dem sein Sohn getötet wurde.



»Uns fehlen 43« – ein Graffiti erinnert an die 43 Studenten aus Ayotzinapa
Foto: Manuel Oliver

Seite 11, links: Ein Kreisverkehr in Mexiko-Stadt dient als Mahnmahl für gewaltsam Verschwundenen
Foto: dpa

Mehrere Betroffene berichteten der Delegation vom gewaltsamen Verschwindenlassen und von ihrem Schmerz darüber, nicht zu wissen, was mit ihren Angehörigen geschehen ist. Jeder dieser Fälle ist einzigartig – und doch haben sie vieles gemeinsam. Beispielsweise die Enttäuschung über staatliche Behörden. Eine Frau, deren Ehemann Opfer von Verschwindenlassen wurde, berichtete von dem Gefühl, von den Behörden im Stich gelassen zu werden – sowohl bei der Suche als auch bei der Aufklärung. Sie hätte nie gedacht, nur Teil einer Statistik zu sein. Während die Zahl der gewaltsam Verschwundengelasenen mittlerweile bei über 110.000 liegt, wurden bis November 2021 gerade einmal 36 Urteile dazu gesprochen.

Leben, denn es sind Waffen aus den USA und Europa, die zu der Gewalt in Mexiko beitragen. So kommen mehr als 70 Prozent aller Waffen, die an Tatorten in Mexiko sichergestellt und zurückverfolgt wurden, aus den USA. Durch ihre nachlässigen und widerrechtlichen Geschäftspraktiken ermöglichten US-Waffenfirmen den illegalen Waffenschmuggel nach Mexiko. Deshalb reichte die mexikanische Regierung 2021 eine Klage gegen rund ein Dutzend US-Waffenhersteller ein. Eine Initiative, die auch von Gun Violence Prevention Groups in den USA unterstützt wird.

Die Gewalt in den USA und in Mexiko ist »eng miteinander verbunden durch die Waffe – das AR-15, das Sturmgewehr«, sagt

Schutz der Betroffenen muss im Mittelpunkt stehen

Doch die Gewalt in Mexiko speist sich nicht nur aus dem illegalen Waffenschmuggel an kriminelle Gruppen. Auch bei legal an Polizei und Militär exportierten Waffen besteht das Risiko, dass diese bei Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen. Dank des großen zivilgesellschaftlichen Druckes – auch von Ohne Rüstung Leben – exportiert Deutschland seit Ende 2010 fast keine Klein- und Leichtwaffen mehr nach Mexiko. Seit 2019 gilt sogar, dass Drittstaaten grundsätzlich nicht mehr mit Kleinwaffen beliefert werden.

Gleichzeitig jedoch bauen sich deutsche Kleinwaffenhersteller ein neues Standbein in den USA auf. So produziert beispielsweise Sig Sauer inzwischen größtenteils in den USA – der Profit der US-Produktion fließt jedoch weiterhin in die deutsche Holding.

In den USA entwickelte Waffen fallen nicht unter die deutsche Rüstungsexportkontrolle. Zudem besteht die Gefahr, dass Waffen, die innerhalb der USA legal gehandelt werden, schlussendlich illegal über die mexikanische Grenze gebracht werden. Mit ihrer großen Binnennachfrage und lockereren Rüstungsexportregeln sind die USA ein attrak-

tiver Standort auch für deutsche Waffenhersteller. Doch die Delegationsreise machte erneut deutlich: Hinter beiden »Standortvorteilen« stehen menschliches Leid und Schmerz. Im neuen Rüstungsexportkontrollgesetz muss die deutsche Bundesregierung Antworten auf diese Entwicklungen finden. Dabei darf nicht der Profit der Waffenhersteller den

Ton angeben, sondern der Schutz potenziell Betroffener muss im Mittelpunkt stehen.

Charlotte Kehne

Unsere Aktionsmaterialien zum Rüstungsexportkontrollgesetz finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Manuel Oliver hält ein Plakat mit der Aufschrift: »Die Mehrheit der Waffen, die bei Verbrechen in Mexiko verwendet werden, stammen aus den Vereinigten Staaten«
Foto: dasfilm-buero.com



Auswahl friedenspolitischer Termine im Frühjahr 2023

Bei der Hauptversammlung der Rheinmetall AG am 9. Mai 2023 werden wir Vorstand und Aufsichtsrat mit kritischen Themen konfrontieren: Als Kritische Aktionärin und bei einer Kundgebung vor der Konzernzentrale in Düsseldorf. Rheinmetall profitiert massiv vom Ukraine-Krieg; der Aktienkurs hat sich seitdem fast verdreifacht. Außerdem hat die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« Strafanzeige wegen des Verdachtes der Beihilfe zu Kriegsverbrechen im Jemen gestellt. Auch auf der Hauptversammlung von Hensoldt am 12. Mai 2023 werden die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre präsent sein.

Über ihre Versöhnungsarbeit in der Demokratischen Republik Kongo berichten am 26. Mai 2023 zwei Delegierte von »Lutte pour le changement« (LUCHA) im Haus der Katholischen Kirche Stuttgart. LUCHA setzt sich gewaltfrei für Frieden und demokratische Beteiligung ein.

Spannende Einschätzungen zum aktuellen Stand des Rüstungsexportkontrollgesetzes geben der zuständige Staatssekretär Sven Giegold, Rechtsanwalt Holger Rothbauer, Friedens- und Konfliktforscherin Simone Wisotzki und der SPD-Abgeordnete Ralf Stegner am 26. Juni 2023 in einem Webinar des Zentrum Oekumene.

Alle aktuellen Informationen zu diesen und weiteren Terminen von Ohne Rüstung Leben finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Proteste im Mai 2022 vor dem Konzernsitz von Rheinmetall in Düsseldorf
Foto: Simon Bödecker



Liebe Leserin, lieber Leser,

Betroffene von Atomtests an Orten wie Moruroa, Semipalatinsk und Bikini kämpfen seit Jahrzehnten für Wiedergutmachung. Denn auf ihren Rücken wurden die Waffen getestet, die unsere Welt bis heute in Atem halten (Seite 1). Unterdessen führen in Mexiko Überlebende und Angehörige der Opfer von Schusswaffengewalt – die auch durch Waffen aus den USA und Europa gespeist wird – einen unermüdlichen Kampf für Gerechtigkeit (Seite 9).

Menschen wie ihnen gilt unsere Bewunderung und Solidarität. Sie führen uns vor Augen, dass die Verhinderung menschlichen Leides im Zentrum von Rüstungs(export)kontrolle stehen muss, nicht strategische Interessen oder der Profit der Rüstungsindustrie. Deshalb stellen wir die Betroffenen von Atomwaffen und Schusswaffengewalt in den Mittelpunkt dieser Ausgabe unserer Zeitung.

Für unsere Geschäftsstelle suchen wir Verstärkung und freuen uns auf ein neues Mitglied in unserem Team (Seite 6). Die offene Stelle im Bereich »Verwaltung, Prozess- und Projektmanagement« bietet Gestaltungsfreiheit, eine attraktive Vergütung und eine Tätigkeit mit Sinn im Stuttgarter Westen. Geben Sie die Information gerne weiter – oder bewerben Sie sich bei Interesse selbst.



Ich danke Ihnen sehr, dass Sie unsere Arbeit unterstützen!

Ihre Charlotte Kehne

Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur

Simon Bödecker

Auflage:

15.000

Informationen zum

Datenschutz:

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

19. April 2023



Inhalt

1 | Titel

Das nukleare Erbe

3 | Hintergrund

»Italien, überdenke deine Entscheidung«
Interview mit Daniele Santi von
»Senzatomica«

5 | Aktuell

Völkerrechtsverbrechen konsequent
aufarbeiten und bestrafen

6 | Aktuell

Ohne Rüstung Leben sucht Verstärkung

6 | Aktuell

Evangelischer Kirchentag in Nürnberg

7 | kompakt

Der Ökumenische Rat der Kirchen zu Frieden
und Abrüstung

9 | Hintergrund

Delegationsreise nach Mexiko

11 | Aktion

Auswahl friedenspolitischer Termine
im Frühjahr 2023

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt